



**DEMOKRATISCHE STIMME
DER JUGEND**

Konzept deutscher Jugendrat

Inhalt

- Einleitung zum Konzept der DsdJ bezüglich eines deutschen Jugendrates
- Auswahl der Vertreter
- Aufgaben
- Themenauseinandersetzung
- Expert*innen
- Agenda

1
2
3
3
3
4



Einleitung zum Konzept der DsdJ bezüglich eines deutschen Jugendrates

Eine starke Demokratie und Zivilgesellschaft braucht die politische Partizipation der jungen Generation (Gaiser et al. 2016), denn Demokratie lebt von Beteiligung. Studien zeigen jedoch, dass sich junge Menschen heute von klassischen oder konventionellen Formen der politischen Partizipation weniger stark angesprochen fühlen als dies früher der Fall war. Dabei sind Jugendliche keineswegs unpolitisch oder politisch desinteressiert (Sloam 2013; Gaiser/de Rijke 2016; Shell Studie 2015). Im Rahmen der Shell-Jugendstudie 2015 bezeichneten sich 41 Prozent der 12-bis 25-jährigen als politisch interessiert (Shell Deutschland 2015). Und laut einer Jugendstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung beteiligen sich 42 Prozent der Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 29 Jahren in einem weiteren Sinne politisch-gesellschaftlich (Gaiser et al. 2015) z.B. in Form von Online-Petitionen, Demonstrationen oder in Bürgerinitiativen. Junge Menschen beteiligen sich weniger an Wahlen und engagieren sich seltener in Parteien als andere Altersgruppen. Bei der Bundestagswahl 2017 lag die Wahlbeteiligung der 5,4 Millionen jungen Wähler*innen unter 24 Jahren bei 68 Prozent und somit 8 Prozentpunkte unter der Gesamtwahlbeteiligung und fast 13 Prozent unter der Wahlbeteiligung der 60- bis 70-Jährigen (Bundeswahlleiter 2017). Das Partizipationsinteresse von jungen Menschen kann nicht unabhängig von den Strukturen des Politikbetriebs betrachtet werden. Veraltete Strukturen, überwiegend ortsgebundene Mitarbeit und wenig Mitsprachemöglichkeiten, wie sie beispielsweise noch in Parteien überwiegen (Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen 2017), schaffen es kaum Jugendliche für den politischen Nachwuchs zu gewinnen. In Parteien, den Sprungbrettern für die Institutionen der deutschen Demokratie, machen unter 30-Jährige lediglich knapp 9 Prozent der Mitglieder*innen aus (Niedermayer 2017), während das Durchschnittsalter der großen Parteien bei knapp 60 Jahren und das Durchschnittsalter des Bundestags bei 49,4 Jahren (Deutscher Bundestag 2017) liegt. Junge Menschen sind also im Gefüge politischer Entscheidungen unterrepräsentiert. Es mangelt jungen Menschen nicht an politischem Interesse, Problembewusstsein oder Demokratieakzeptanz. Allerdings ist das Vertrauen der jungen Menschen in die traditionellen Akteure der Demokratie unterdurchschnittlich (vgl. Gaiser et al. 2015, Shell Deutschland 2015). Die FES Jugendstudie 2015 zeigt, dass 87 Prozent der 14- bis 29-jährigen der Idee der Demokratie zustimmen, jedoch nur 63 Prozent mit der deutschen Demokratie zufrieden sind. Gleichzeitig ist die heutige Demokratie gegenwartsfixiert. Wahlzyklen zwingen Politiker*innen, politische Erfolge möglichst noch innerhalb der Wahlperiode zu erreichen, während schleichenden und zukünftigen Problemen die öffentliche und politische Aufmerksamkeit fehlt. Dies hat zur Folge, dass junge Menschen sich und ihre Interessen und Probleme von den Institutionen und Politiker*innen nicht ausreichend repräsentiert fühlen. Im Zuge des demografischen Wandels werden sich die Mehrheitsverhältnisse zwischen Alt und Jung insbesondere auch in den traditionellen Großorganisationen und Institutionen weiter verändern und junge Deutsche noch weniger Einfluss auf Wahlen und politische Prozesse ausüben können als zahlenmäßig überlegene, ältere Bevölkerungsgruppen. Will die Politik das Vertrauen junger Menschen zurückgewinnen, muss sie daher verstärkt Problemlösungskompetenz für jugendrelevante Themen zeigen und junge Menschen stärker in Programmen und Entscheidungen öffentlich einbeziehen.



Um dies zu erreichen, schlagen wir die Einrichtung eines Jugendrates auf Bundesebene vor. Dieser Jugendrat soll sich jenseits von parteipolitischen Präferenzen mit Zukunftsfragen beschäftigen, d.h. mit Themen, die in besonderem Maße Auswirkung auf das Zusammenleben junger und zukünftiger Generationen haben werden.

Konzept Deutscher Jugendrat

Der Deutsche Jugendrat stellt ein politisch neutrales und überparteiliches Gremium dar. Die jungen Menschen sollen sich aktiv mit gesellschaftlich relevanten Themen auseinandersetzen, die sie in der Zukunft betreffen werden. Durch aufgeklärte Konsensfindung sollen die Jugendlichen Lösungsstrategien evaluieren, um eine fundierte Forderung für Entscheidungsträger*innen bereitzustellen. Darüber hinaus soll der Rat ein Veto für zukunftsrelevante Entscheidungen bekommen.

Auswahl der Vertreter

Der Rat wird durch 50-100 junge Menschen im Alter von 14 bis 28 Jahren besetzt. Um allen Jugendlichen die Chance zu geben beteiligt zu werden und die Beteiligung unabhängig von Herkunft oder Bildungshintergrund zu ermöglichen, wird das aleatorische Prinzip angewandt. Das bedeutet, dass die Teilnehmer*innen nicht gewählt, sondern aus allen Jugendlichen in Deutschland ausgelost werden sollen. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Jugendinstitut* (DJI). Durch die Auslosung sollen möglichst alle Jugendlichen die Chance haben, sich einzubringen, auch vermeintlich schwer Erreichbare. Außerdem erhoffen wir uns durch eine Verlosung der Plätze eine große Diversität an verschiedenen sozioökonomischen und politischen Hintergründen und somit eine Vielfalt an Meinungen und Ideen in dem Gremium zu versammeln, sowie ein aktives Vorgehen gegen Politikverdrossenheit zu gewährleisten.

Den Teilnehmer*innen des Jugendrates ist gemein, dass sie durch ihre jugendliche Perspektive das Interesse an zukunftsrelevanten und damit für sie essentiellen Themen teilen.

Bei bisherigen Jugendpartizipationsverfahren, wie zum Beispiel den Kommunalen Jugendbeiräten, werden meistens einzelne Jugendliche berufen. Solche Beteiligungsverfahren erschöpfen sich schnell in Diskussionen um Rede-, Antrags- und Stimmrechte, um Quoten und die Frage, wer die Auswahl trifft ("Gate-Keeper"). Die so ausgewählten Jugendvertreter*innen spiegeln mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht den Querschnitt der Jugend oder Jugendarbeit wieder. Besonders politisch desinteressierte Jugendliche und aus sozial schwachen Familien, sind so häufig unterrepräsentiert.

Das deliberative Losverfahren hat schon in einigen demokratischen Staaten Anwendung gefunden und wäre eine innovative, repräsentative, wie effiziente Form der Auswahl, der Vertreter*innen eines Jugendgremiums.

So wurde in Irland der größte Teil der "Convention on the Constitution" mit zufällig ausgewählten Bürger*innen besetzt. Als Endresultat wurde unter anderem die gleichgeschlechtliche Ehe legitimiert. Vermerkt sei dabei, dass Irland als erzkatholisches Land gilt.



Auch in Deutschland ist es bereits ein bewährtes Verfahren für sogenannte „Planungszellen“ oder „Bürgergutachten“, seit über 40 Jahren. Es wird angewandt um die Bevölkerung in den Beratungsprozess bei kontroversen Projekten mit einzubinden.

Aufgaben

Der deutsche Jugendrat hat die Aufgabe sich über jugend-/zukunftsrelevante Themen aufzuklären, um sich sachkundig mit ihnen auseinanderzusetzen und relevante Lösungsvorschläge zu evaluieren. (Beispiele: Rente, Umwelt, Bildung etc.)

Die ausgelosten Vertreter*innen werden dazu angehalten zukunftsorientiert, nachhaltig und im Sinne der Generationengerechtigkeit zu entscheiden und zu handeln.

Das Gremium soll es ermöglichen einen Querschnitt der Bevölkerung abzubilden, welcher möglichst gerecht unterschiedliche Jugendgruppen zusammenführt. Die Intention liegt nicht darin eine reine Meinungsabfrage zu erhalten, sondern eine fundierte Meinungsbildung herbeizuführen, die als Empfehlung der Jugend gelten kann.

Durch diese Meinungsbildung erhält die Öffentlichkeit, wie auch die zuständigen Entscheidungsträger*innen ein handfestes Ergebnis, wie ein Querschnitt der Jugendlichen, sich nach intensiver Beschäftigung mit dem Thema entscheiden würde. Da sie sich aktiv und umfassend mit den jeweiligen Themen auseinandersetzen, sind die Ergebnisse weitaus fundierter als eine gewöhnliche Umfrage und geben Aufschluss über eine mögliche „jugendliche Perspektive“.

Themenauseinandersetzung

Die Arbeitswochenenden werden von professionellen und neutralen Moderator*innen begleitet. Zu den jeweiligen Themen werden Expert*innen (mit verschiedenen Positionen) eingeladen, die durch Kurzinputs Fachwissen und unterschiedliche Meinungen einbringen. Basierend auf diesen Inputs diskutieren und erarbeiten die Teilnehmer*innen eine Stellungnahme zu dem jeweiligen Thema, die gleichzeitig eine Handlungsempfehlung aus jugendlicher Sicht enthält. Die Stellungnahmen und Handlungsempfehlungen werden über die Kinderkommission in den politischen Entscheidungszyklus eingebracht.

Die Ergebnisse der Arbeitswochenenden werden zusätzlich öffentlichkeitswirksam im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt, so dass der Jugend als Ganzes eine Plattform gegeben wird, sowie die Lebensrealität der jungen Generationen Gesellschaft und Politik näher gebracht wird.

Das Organisationsteam des Deutschen Jugendrats stellt eine neutrale Informationsvermittlung, wie auch deren Aufbereitung sicher. Dabei müssen verschiedene Sichtweisen und Interessensgruppen beinhaltet sein. Hierfür werden unter anderem entsprechende Experten*innen, die den Jugendlichen einen Überblick aus ihrer Perspektive bieten, herangezogen.

Expert*innen

Die Expert*innen können Mitarbeiter*innen von NGO's, Wissenschaftler*innen, Lobbyist*innen, Jugendliche, Politiker*innen, Bürger*innen oder Aktivist*innen sein. Sie sollen ihre Meinung zum jeweiligen Thema fundiert darlegen und ihre Sichtweise möglichst neutral wiedergeben. Sie halten Vorträge, Workshops oder Gesprächsrunden und informieren



die Jugendlichen neutral und ohne Manipulation. Sie stehen den Jugendlichen Rede und Antwort in einer anschließenden Diskussion, in der alle Meinungen vertreten sind.

Agenda

Die Themen für das erste Arbeitswochenende werden von der Projektleitung festgelegt, für die übrigen Arbeitswochenenden wird durch die Projektleitung ein Themenkatalog erstellt, aus welchem der Jugendrat über ein Konsensverfahren Themen für das jeweils nächste Treffen wählt. Außerdem können die Ratsmitglieder*innen und Bürger*innen der Bundesrepublik weitere Vorschläge einbringen.

Amtszeit

Die Amtszeit beträgt 1 Jahr. Im nächsten Jahr wird erneut ausgelost und der Jugendrat wird neu besetzt. Diese hohe Fluktuation trägt dazu bei, dass mehr Jugendliche in den Rat kommen und das diese, da es keine Wiederwahl gibt, über ihre Amtszeit hinausdenken und obendrein wird es so Lobbyist*innen deutlich erschwert Einfluss auf die jungen Menschen zu nehmen.

Treffen

Es wird jedes Jahr 6-8 Treffen geben, die je drei Tage (Freitag bis Sonntag, Anreise ab Donnerstag möglich) dauern. Für die Zeit der Treffen sowie der An- und Abreise sind die Vertreter*innen des Jugendrats von jeglichen Verpflichtungen wie Schule, Arbeit oder Studium freigestellt.

Die Arbeitswochenenden sollten in Berlin stattfinden. Die Kosten für Übernachtung und Anfahrt der Teilnehmer*innen werden durch das Projekt übernommen, um allen Ausgelosten, unabhängig ihres persönlichen Hintergrunds, eine Teilnahme zu ermöglichen. Flüge werden nicht zurückerstattet. Zusätzlich erhalten die Jugendlichen eine angemessene Aufwandsentschädigung.

Rahmenprogramm

Da ein politisches Event nicht für jeden Jugendlichen attraktiv ist, soll es ein ansprechendes Rahmenprogramm geben, das die Diskussion und die Aufgaben der Jugendlichen ein wenig belebt. So könne Coaches, Motivationstrainer*innen, Teambuilding-Spezialist*innen oder Entertainer*innen in bestimmten Zeiten für Abwechslung an den Wochenenden sorgen. Dies bringt die Jugendlichen auf andere Gedanken und unterstützt das Gruppengefühl des Jugendrates.

Außerdem sollen die Teilnehmer*innen die Chance haben, neue Fähigkeiten auszubilden. So bekommen sie beispielsweise Rhetoriktraining, Argumentationstraining, Körperhaltungstraining, Persönlichkeitstraining, sowie Einblicke in Teambuilding Prozesse, gewaltfreie Kommunikation (GFK) oder systemisches Konsensieren. Das Rahmenprogramm soll dazu dienen, dass die einzelnen Jugendlichen das „Out of the Box“-denken üben.

Nachhaltige Auswertung



Am Ende soll ein Gutachten erstellt werden, indem die Beratungsergebnisse und Empfehlungen zusammengefasst werden. Dieses soll von den Mitgliedern selbst verfasst werden, um für notwendige Authentizität zu sorgen.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages stellt die Anlaufstelle für die Empfehlungsschreiben des Jugendrates dar. Sie sorgt dafür, dass die Jugendlichen in die Ausschüsse der jeweiligen Themen kommen und dort gehört werden. Nach drei Monaten berichtet die Kinderkommission dem Jugendrat über Ergebnisse und Reaktionen auf die Stellungnahmen.

Mediale Aufbereitung

Aus den behandelten Themen wird eine Broschüre mit allen Resultaten des Jugendrats erstellt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Nach jedem Treffen gibt es eine Pressemitteilung, die das neue Ergebnis der Sitzung in die Gesellschaft trägt.

Nutzen

Die Politik kann das Werkzeug „Deutscher Jugendrat“ für eine fundierte Meinung der Jugendlichen nutzen. Hat eine Arbeitsgruppe beispielsweise die Frage nach der Perspektive der Jugend zu einem Thema, so kann sie sich mit einem Themenvorschlag an den Jugendrat wenden und um eine Stellungnahme bitten. Dies kann der eigenen Argumentation, sowie der Relevanz des Themas dienen.

Zudem soll der Rat ein Vetorecht bekommen, um zukunftserschädigende Entscheidungen nachhaltig stoppen zu können.

Relevanz

Es existieren bereits verschiedene Programme für Jugendpartizipation. Viele davon sind auf kommunaler oder Landesebene angesiedelt. Was bisher allerdings fehlt, ist ein übergreifendes, bundesweites Gremium, welches Fragen der Zukunft und die Visionen der Jugend für eine Gesellschaft der Zukunft diskutiert und evaluiert.

Hierzu ein Auszug aus der Gemeindeordnung Baden-Württemberg:

§ 41 a

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

(1) Die Gemeinde soll Kinder und muss Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen. Dafür sind von der Gemeinde geeignete Beteiligungsverfahren zu entwickeln. Insbesondere kann die Gemeinde einen Jugendgemeinderat oder eine andere Jugendvertretung einrichten. (...)

(2) Jugendliche können die Einrichtung einer Jugendvertretung beantragen. (...) Der Gemeinderat hat innerhalb von drei Monaten nach Eingang des Antrags über die Einrichtung der Jugendvertretung zu entscheiden; er hat hierbei Vertreter der Jugendlichen zu hören.

Beispiel: [Jugendrat Vorarlberg](#)



**DEMOKRATISCHE STIMME
DER JUGEND**

*Das Deutsche Jugendinstitut München führt regelmäßig Langzeitstudien durch, bei denen 300 Kommunen zufällig gezogen werden und daraus dann 6.000 Zielpersonen im Alter 0-32 aus dem Einwohnermelderegister entnommen werden. Von diesen könnte man per Zufall 50 im Alter von 14-28 auslosen.

© **Demokratische Stimme der Jugend e.V**

Honigwiesenstraße 23,
73 Stuttgart-Vaihingen
www.demokratische-stimme-der-jugend.de
info@demokratische-stimme-der-jugend.de
Ansprechpartnerin: Marianne Siebeck
Tel: 0152 // 59579259

Quellen

Bundeswahlleiter (2017): Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Deutscher Bundestag (2017): 3.2. Durchschnittsalter. https://www.bundestag.de/blob/272474/4a216913aff5f5c25c41572257a57e4a/kapitel_03_02_durchschnittsalter-pdf-data.pdf, letzter Zugriff: 03.07.2018.

Gaiser, Wolfgang et al. (2016): Jugend und politische Partizipation in Europa und Deutschland. In: Tremmel, Jörg / Rutsche, Markus (Hg.): Politische Beteiligung junger Menschen. Grundlagen – Perspektiven – Fallstudien, Wiesbaden: Springer VS, 13-38.

Gaiser, Wolfgang et al. (Hg.) (2015): jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen. Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015, Bonn: Dietz Verlag.

Niedermayer, Oskar (2017): Parteimitglieder in Deutschland: Version 2017, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum Nr. 27, Berlin: Freie Universität Berlin, <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsocz/schriften/Arbeitshefte/P-PMIT17-NEU.pdf>, letzter Zugriff: 02.07.2018.



DEMOKRATISCHE STIMME
DER JUGEND

Shell Deutschland (Hg.) (2015): 17. Shell Jugendstudie. Jugend 2015, Berlin: Fischer.

Sloam, James (2013): 'The outraged young': young Europeans, civic engagement and the new media in a time of crisis. In: Information, Communication & Society, 17 (2), 217-231.

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (2017): Die generationengerechte Partei. Ein 11-Punkte-Plan, <https://generationengerechtigkeit.info/wp-content/uploads/2018/05/PP-Generationengerechte-Parteien.pdf>, letzter Zugriff: 03.07.2018.